



Erteilte und beantragte Bergbaulizenzen 2013 (Quelle: MELUR)

Bei der CO₂-Verpressung bestehen wie auch beim Fracking hohe Risiken und Gefahren für Mensch und Umwelt, insbesondere für Grund- und Trinkwasser; es gibt keine Speichersicherheit. Versalzung und Verunreinigung des Wassers und der Böden durch verdrängtes hochprozentiges Salz- und grundwassergefährdendes Formationswasser. Entweichung von CO₂ in die Atmosphäre durch Risse und Hebungen im Deckgestein, entstanden durch den hohen Einpressdruck.

Die Schäden sind teilweise **irreversibel!**

Achtung:

Fracking und CO₂-Verpressung sind auch möglich bei **EOR** und **EGR** (Enhanced Oil / Gas Recovery deutsch: Gesteigerte Öl- bzw. Gasgewinnung) bezeichnen Techniken, die u.a. durch Injektionen von CO₂ und Chemikaliencocktails eine erhöhte Ausbeute bei der Öl- und Gasgewinnung ermöglichen.

Die Stimmen der CCS-Befürworter in der EU werden wieder lauter. Mit dem Schlagwort Dekarbonisierung wird meist die Abscheidung von CO₂ aus Kohlekraftwerken und aus der Atmosphäre umschrieben, als Freibrief für die fortgesetzte Nutzung fossiler Energieträger. Weitere EU-Subventionen für CCS bahnen sich

an, obwohl bisher schon fast 4 Mrd. Euro an EU-Subventionen sinnlos vergeudet wurden.

Freihandelsabkommen – besonders CETA – öffnet Türen für CCS und Fracking

CETA untergräbt bestehende Umweltstandards und schränkt die zukünftige Umweltgesetzgebung ein. Es wird Unternehmen ermöglichen, gegen ein CCS-Verbot, ein Fracking-Verbot oder gegen Umweltauflagen von Gemeinden, Kreisen, Ländern und Staaten zu klagen. Kanada ist unter dem CETA-ähnlichen NAFTA-Abkommen bereits verklagt worden, nachdem die Provinz Québec Fracking gestoppt hatte.

In Verantwortung für zukünftige Generationen fordern wir von Land, Bund und EU

Stoppt Fracking und CCS!

Es sind teure Risiko-Technologien, schaden Mensch, Natur und Klima und verhindern die Energiewende.

Die dafür von der EU bereitgestellten Milliarden Euro wären besser investiert in die Zukunft

- **Energieeffizienz**
- **100 % Erneuerbare Energien**
- **in Bürgerhand**
- **dezentrale Versorgung**
- **Weiterentwicklung von Speichertechniken**

Mitglied werden in der Bürgerinitiative

„Kein-CO₂-Endlager e.V.“
(einmaliger Mitgliedsbeitrag 5,- €).

Informationen und Mitgliedsanträge finden Sie auf unserer Homepage:

www.kein-co2-endlager.de

Stand: Oktober 2019



CCS und Fracking



**in Schleswig-Holstein
vorerst zurückgedrängt!**

Die Bürgerinitiative „Kein CO2 Endlager e.V.“ kämpft seit 2009 gegen die Bedrohung unserer Umwelt durch CO2-Verpressung und seit 2013 auch gegen Fracking. Wir erhalten dabei wertvolle Unterstützung aus den Reihen der Bürgerinnen und Bürger und durch Gemeinden, Ämter, Kreise und Verbände.

Widerstand gegen CCS und Fracking ist erfolgreich

2011 Verhinderung des CO2-Endlagers in Nordfriesland, RWE Dea zieht seinen Antrag zurück.

2012 nach zweimaliger Verschiebung wegen Bürgerprotesten verabschiedet der Bundestag ein CCS-Gesetz mit Länderklausel.

2014 verabschiedet Schleswig-Holstein ein CCS-Verbotsgesetz. Allerdings kann das Landesgesetz weder eine CO2-Verpressung in Nord- und Ostsee verhindern, noch die Energiepolitik der EU, die weiterhin auf Kohlekraftwerke und CCS mit einem transeuropäischen Pipelinennetz setzt.

2013 wurden in Schleswig-Holstein sieben Erlaubnisse und fünf Bewilligungen zur Aufsuchung bzw. Förderung von Kohlenwasserstoffen (Fracking nicht ausgeschlossen) durch das Landesbergamt erteilt. Ca. 30% der Landesfläche waren betroffen.

2015 und 2016 geben die Unternehmen 11 der 12 Lizenzen zurück.

Das verbliebene Feld Sterup wurde der Firma Central Anglia A/S wieder entzogen, nachdem wir nachweisen konnten, dass der Geldgeber abgesprungen war.

Es ist uns bewusst, dass diese Entwicklung neben dem massiven Bürgerwiderstand auch der noch ungeklärten Gesetzeslage und dem Verfall des Ölpreises geschuldet ist. Mit neuen Aufsuchungs-

anträgen ist also jederzeit zu rechnen.

Die gegen Wasserverschmutzung und Geheimhaltung gerichtete **Volksinitiative zum Schutz des Wassers** mit mehr als 42.000 Unterschriften wurde bisher nicht umgesetzt.

Daher startete am 2. September 2019 ein **Volksbegehren in Schleswig-Holstein**

Im Bereich Unternehmenstransparenz will das Volksbegehren erreichen: Schleswig-Holsteins Kommunen und Behörden soll es zukünftig rechtssicher erlaubt sein, im überwiegenden öffentlichen Interesse auch ohne konkrete Anfrage Informationen beispielsweise der folgenden Art weiterzugeben oder zu veröffentlichen, die bisher als „Geschäftsgeheimnisse“ geheim gehalten werden: Beantragte Ölbohrungen einschließlich des betroffenen Gebiets und des beabsichtigten Einsatzes der Fracking-Methode Meldung gelagerter bzw. geförderter Gefahrenstoffe an Kommunen,

CCS

CO₂-Abscheidung und -Speicherung

(engl. Carbon Dioxide Capture and Storage) CO₂, das in gigantischen Mengen bei der Kohleverbrennung und in etwas geringerem Umfang bei Industrieanlagen entsteht, wird abgefangen, transportiert und unter hohem Druck in den Untergrund gepresst. Dort müsste es für 10.000 Jahre verbleiben. Vorgesehen sind dafür überwiegend Saline Aquifere (Gesteinsschichten).

CCS soll helfen, die CO₂-Emissionen in der Atmosphäre zu reduzieren, ohne auf den Einsatz fossiler Brennstoffe verzichten zu müssen.

CCS wird fälschlicherweise von Politik und Wirtschaft als Klimaschutzoption bezeichnet.

CCS ist nicht nur ein teures Verfahren und ohne Subventionen nicht zu realisieren, es ist auch ein sehr energieaufwendiges Verfahren. Dies führt zu Mehrverbrauch von Rohstoffen, verringertem Kraftwerkswirkungsgrad und gesteigerten Stromkosten.

Rettungsdienste, Krankenhäuser und Feuerwehren zur Vorbereitung auf Katastrophenfälle
Veröffentlichung mutmaßlicher Korruptionsfälle bei Baugenehmigungen, Grundstücksverkäufen oder Auftragsvergaben
Im Bereich Wasserschutz will das Volksbegehren erreichen:
besserer Schutz vor Verpressung wassergefährdenden Flowbacks bei Ölbohrungen
Zuständigkeit unserer Kreise für den Schutz des Wassers bei Bohrungen (bisher: niedersächsisches Bergamt)
Sofortiger Bohrstopp bei unerwartetem Wasserfund
Haftung von Ölkonzernen für Schäden

Fracking

Zur Förderung von Erdgas und -öl aus unkonventionellen Lagerstätten wird das Hydraulic Fracturing-Verfahren (kurz Fracking: Aufbrechen von Gesteinsschichten) eingesetzt. Um Fracking zu betreiben, wird 1.000 bis 3.000 m tief gebohrt und die Bohrungen waagrecht fortgeführt. In diese Bohrungen wird mit 1.000 bar ein Gemisch von Wasser, Sand und Chemikalien gepresst, um die Gesteinsschichten aufzusprengen. Dabei entstehen im Speichergestein Risse, durch die das Gas dann strömen kann. Jeder einzelne Fracking-Vorgang verbraucht zwischen 10 und 50 Mio Liter Wasser. Schwermetalle, Salze und radioaktive Stoffe (Lagerstättenwasser) werden mit nach oben transportiert und anschließend mit dem Großteil der Frack- Flüssigkeit zusammen (Flowback) zurückgepumpt und das Gas strömt zum Bohrloch. Zu den beim Fracking eingesetzten Chemikalien gehören unter anderem Biozide und weitere Substanzen mit giftiger, krebserregender und das Erbgut verändernder Wirkung. Völlig ungeklärt ist die Entsorgung von Abfällen und großen Mengen an Brauch-, Abwasser und Bohrschlamm, die mit radioaktiven Isotopen, Schwermetallen und Salzen belastet sind.